Kirche würde Vertrag am liebsten rückgängig machen

Widerstand gegen Mobilfunkantenne in der Bismarckstraße 57 wächst: Mitte August soll der Sendebetrieb starten

Vor sechs Jahren hat die evangelische Gesamtkirchengemeinde per Vertrag eine Mobilfunkantenne auf ihrem Haus in der Bismarckstraße gestattet. Jetzt geht sie in Betrieb – gegen den Willen der Nachbarn und mittlerweile auch gegen den Willen der Kirche.

Von Frederike Poggel

Kirchenpfleger Hermann Beck hatte am Dienstagabend keinen einfachen Stand im Bürgerzentrum West: Er sollte 160 Anwohnern und der Bürgerinitiative Bismarckstraße erklären, warum die Kirche eine Mobilfunkantenne auf ihrem Seniorenheim in der Bismarckstraße 57 zulassen konnte. Der Vertrag war vor sechs Jahren mit Mannesmann Mobilfunk und Viag Interkom (heute Vodafone und O_2) zu Stande gekommen. „Wir wollen nicht die Abschaffung der Telekommunikation. Aber wir fordern klare Sicherheitsstandards", sagte der Moderator Peter Hensinger.

Insgesamt gibt es in ganz Stuttgart nach Angaben des Baurechtsamts 650 Standorte mit schätzungsweise 2000 solcher Antennen. Auch im Umkreis von 600 Metern um das Haus Bismarckstraße 57 befinden sich dem Ingenieur und Sachverständigen Dietrich Ruoff zufolge acht weitere.

Doch ist der Bürgerinitiative freilich im Besonderen an dem Sendemast gelegen, der in ihrem direkten Blickfeld liegt, nicht zuletzt, da der Elektrosmog, der auch durch Mikrowellen, schnurlose Telefone oder etwa kabellose Internetverbindungen entsteht, so genannte optische Eigenschaften besitzt – besteht Sichtkontakt, ist er stärker, als wenn ein Haus dazwischen steht. Zudem sei dieser Standort „besonders skandalös", da er sich in unmittelbarer Nähe von Kindergärten, Spielplätzen und Grundschulen befinde, heißt es in einem offenen Brief der Bürgerinitiative an Oberbürgermeister Wolfgang Schuster.

„Ja, wir haben einen Fehler gemacht", sagte Kirchenpfleger Hermann Beck am Dienstag. Vor sechs Jahren hat die evangelische Gesamtkirchengemeinde den Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren unterzeichnet. Spekulationen zufolge soll die Kirche dafür 10 000 Euro jährlich erhalten. Genaues ist darüber nicht zu erfahren, nur dass der Betrag „deutlich niedriger" sei.

Zunächst herrschte jahrelang regelrecht Funkstille, bis die Mobilfunkbetreiber im Mai 2005 die Zulassung des Baurechtsamts für die Antenne vorlegten – diese Zulassung konnte das Amt nicht verweigern. „Wir wollten aus dem Vertrag aussteigen. Wir wollen die Antenne nicht mehr", sagt Beck. „Aber wir kommen da nicht raus." Auch die Tatsache, dass das Haus in der Bismarckstraße 57 unter Denkmalschutz steht, ist kein Trumpf für die Kirche: „Im Februar 2006 hat auch die Denkmalschutzbehörde die Antenne genehmigt", sagt Beck.

Deren Inbetriebnahme steht nun unmittelbar bevor, von Mitte August an soll sie von dem Haus senden, in dem sich Seniorenwohnungen befinden. Insgesamt gab es 13 Einsprüche, die alle von der Stadt abgewiesen wurden. Dagegen haben drei Anwohner Widerspruch eingelegt, der noch vom Regierungspräsidium geprüft wird.

Das Datum der Inbetriebnahme verschiebt sich deswegen aber nicht, auch wenn Kirchenpfleger Beck versicherte: „Wir setzen alles daran, dass die Anlage bis zur Klärung der Situation nicht in Betrieb genommen wird." Die Bestrebungen werden kaum fruchtbar sein. „Es gibt keine verbindliche Verpflichtung, dass Mobilfunkantennen nicht in der Nähe von Kindergärten oder Altenheimen stehen dürfen", sagt Wolfgang Hartmann, der stellvertretende Leiter des Baurechtsamts, auf Nachfrage. Gleichwohl gibt es eine Selbstverpflichtung der Stadt, zu ebendiesen Einrichtungen 100 Meter Abstand zu halten. Mit anderen Worten: „Die Stadt hätte diese Anlage auf einem städtischen Gebäude nicht genehmigt", sagt Hartmann.

Allerdings ist völlig offen, ob und welche Auswirkungen Elektrosmog langfristig hat. Von Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen oder Schlafstörungen wusste der Sachverständige Dietrich Ruoff zu berichten. „Die Langzeitwirkungen aber sind völlig unklar", sagte er auch. Für Bezirksvorsteher Reinhard Möhrle jedenfalls besteht Aufklärungsbedarf: „Die Unsicherheit der Menschen, was den Umgang mit Mobilfunk angeht, scheint groß zu sein. Sonst wären kaum so schnell so viele zu dieser Versammlung gekommen."